



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2024, Bülach (ZH) und Brugg (AG)
Bruna Campanello, Mitglied der Geschäftsleitung, Co-Leiterin Sektor Gewerbe, Unia

1. Mai 2024: Prämien runter, Löhne rauf!

(Es gilt das gesprochene Wort)

Seit 134 Jahren gehen wir am 1. Mai für sozialen Fortschritt auf die Strasse, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und für internationale Solidarität. Ich persönlich gehe seit über 30 Jahren immer wieder auf die Strasse, weil einem nichts geschenkt wird. Und weil ich gelernt habe, dass es nicht von alleine gut kommt, ohne dass im Grossen oder im ganz Kleinen ein kollektiver Beitrag geleistet wird.

Das klare Ja zur Initiative für eine **13. AHV-Rente** ist ein historischer Erfolg für die Gewerkschaftsbewegung. Zum ersten Mal hat die Schweizer Stimmbevölkerung per Initiative einem Sozialausbau zugestimmt. Dieser Sieg ist unserem gemeinsamen Effort zu verdanken.

Unzählige Menschen waren unterwegs, in den Betrieben und auf der Strasse, um über die 13. AHV zu informieren. Die Gegner der Initiative hatten definitiv sehr viel Geld für die Kampagne, aber wir die Menschen. Das zeigt klar: Wenn wir alle am selben Strang ziehen, kann in diesem Land auch gegen die vereinte Wirtschafts- und Politelite ein Sozialausbau an der Urne durchkommen.

Das Ja zur 13. AHV-Rente war auch ein klares Zeichen, dass es langt, jeden Monat den Gürtel enger schnallen zu müssen. Auch der sogenannte Generationenvertrag wurde nicht gebrochen. 1,9 Millionen Stimmberechtigte sagten ja zur 13. Rente, darunter viele junge Berufstätige. Mit der 13ten wird real die Kaufkraft gestärkt, beispielsweise für jene Grosseltern, welche die Gratisbetreuung ihrer Enkelkinder übernehmen. Es gibt keinen Graben zwischen Jung und Alt, denn auch die heute 25-jährige Malerin wird in 40 Jahren eine 13. AVH-Rente erhalten. Sie hat diesen Mechanismus verstanden – wie viele von euch auch!

Das Resultat verpflichtet die Politik zur raschen Umsetzung. Wir haben es immer wieder gesagt: Die Finanzierung über Lohnbeiträge ist die sozialste Finanzierungsart und die kaufkraftschonendste Lösung. Mehr noch, sie wäre für die Bevölkerung kaum spürbar, denn die Sozialversicherungsabgaben sind wegen sinkender Arbeitslosigkeit und Unfallquote rückläufig. Es ist inakzeptabel, dass der Bund unter dem Deckmantel der 13ten sparen will. Wir fordern vielmehr, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen direkt für die Finanzierung der 13. AHV-Rente eingesetzt werden. Die Kantone häufen heute Reserven an, die sie gar nicht brauchen und der Bund spart sich mit der Schuldenbremse in die Tatenlosigkeit, obwohl seine Rechnung vor allem schlechtgeredet wird.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es braucht in diesem Land fast schon **Mut, für sozialpolitische Verbesserungen** einzustehen. Das klingt jämmerlich, ist aber leider teilweise die Realität: Wir erlebten in den vergangenen Monaten eine überhebliche Belehrungskampagne durch ein abgehobenes Parlament, ehemalige Mitglieder der Landesregierung und viele sogenannte

Experten in Versicherungs-, Wirtschafts- und Finanzfragen. Ebenso erlebten wir unvergleichliche moralische Zurechtweisungen und Einschüchterungen durch die grossen Medienkonzerne, welche die Arbeitnehmenden und Pensionierten zur selbstauferlegten Bescheidenheit verpflichten wollten. Trotz dieser Dauerbeschallung hinzustehen und zu sagen: Es reicht, ich kann selbst rechnen – das braucht Mut und ich möchte mich an dieser Stelle bei all jenen von euch bedanken, ihr habt die 13. AHV-Rente mit eurem Engagement möglich gemacht!

(Nur in Brugg:)

2024 ist ein entscheidendes Jahr für die Sozialpolitik. Jetzt steht mit der Abstimmung über die Prämienentlastungsinitiative am 9. Juni unmittelbar eine weitere Chance bevor, die Situation der Bevölkerung zu verbessern.

In keinem Land Europas zahlt der Koch, der hart und lange arbeitet und trotzdem nur einen bescheidenen Lohn erhält, gleich viel für die Krankenversicherung wie der Chefarzt – ausser in der Schweiz. Die Kopfprämien sind eine unsoziale Schweizer Fehlkonstruktion und stehen im Widerspruch zum Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Und die Prämienlast nimmt dramatisch zu. Auf dieses Jahr hin stiegen die Prämien um 8.7 Prozent, nachdem sie bereits 2023 um 6.6 Prozent gestiegen sind. Ein Paar mit zwei Kindern bezahlt heute mehr als 1000 Franken pro Monat. Selbst wenn es ein Hausarzt-Modell gewählt hat. Bei der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung 1996 hat der Bundesrat festgelegt, dass die Kosten nicht mehr als 8 Prozent des steuerbaren Einkommens betragen sollen. Seitdem haben sich die Prämien mehr als verdoppelt und die Realität heute ist, dass gerade eine Familie bis zu 20 Prozent des Haushaltsbudgets an die Krankenkasse überweist. Mit einem Ja zur Prämienentlastungsinitiative, welche die Prämienlast bei 10 Prozent deckeln will, können wir am 9. Juni Gegensteuer geben. Das ist überfällig und dringend nötig, um die Kaufkraft der Haushalte zu schützen.

2024 ist ein entscheidendes Jahr für die Altersvorsorge: Der AHV-Sieg gibt uns Schwung gegen die **BVG-Abbaureform**, über die wir voraussichtlich im September abstimmen werden.

Die Pensionskassen-Renten sinken seit Jahren in dramatischem Ausmass – obwohl wir immer mehr einzahlen. Das ist das Problem, das man mit einer Reform lösen müsste. Es ist von Beginn an klar gewesen, dass eine weitere Rentensenkung nicht zur Debatte steht. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat dies ignoriert und stattdessen eine teure Reform gebastelt. Jährlich 2.1 Milliarden Franken zusätzliche Lohnbeiträge lassen die Einnahmen sprudeln – und auf der Ausgabenseite wird die Rentengarantie durch die Senkung des Umwandlungssatzes abgebaut. Mit der Reform ignoriert das Parlament die Realität der Pensionskassen. Diese haben sich auf Kosten der Versicherten saniert. Die Reform geht einzig für die Versicherer und die Finanzindustrie auf. Sie sollen weiterhin uneingeschränkt verdienen: Jedes Jahr zweigen sie 7 Milliarden Franken von unserem Einkommen ab.

Ich möchte euch an Folgendes erinnern: Nach der Erhöhung des Frauenrentenalters haben die Bürgerlichen das Versprechen abgegeben, die Frauen bei der BVG-Reform besserzustellen. Es ist an dieser Stelle entscheidend, sich ebenfalls in Erinnerung zu rufen, dass es bei der 2. Säule keine Betreuungsgutschriften, keinen Teuerungsausgleich und auch keine 13. Rente gibt. Solange bei den sogenannten «Frauenberufen» mit den zu tiefen Löhnen ein derart grosser Handlungsbedarf wie heute besteht, wird es in der 2. Säule keine Besserstellung der Frauen geben. Aber gerade dies wird das Hauptargument der Befürworter im Abstimmungskampf sein!

Bei Personen mit tiefen Löhnen – dazu gehören überproportional viele Frauen – würden die monatlichen Beiträge schmerzlich steigen. Es stimmt: Diese Personen würden eine höhere Rente als heute erhalten. Aber das ist gar nicht die Frage: Es geht darum, wie hoch die Rente ist, es geht

darum, dass sie zum Leben reichen muss! Wenn eine Teilzeitarbeiterin neu 470 statt 130 Franken Rente bekommt, dafür jeden einzelnen Monat 100 Franken mehr Beiträge bezahlen muss, dann steht die Welt auf dem Kopf. Aber das ist noch nicht alles: Die Reform trifft generell Arbeitnehmende mit Einkommen zwischen 5000 und 7000 Franken besonders hart. Dieser BVG-Bschiss ist nichts anderes als ein weiterer Angriff auf die Kaufkraft der Arbeitnehmenden!

Dazu sagen wir Nein! Wir werden für weniger Rente nicht mehr bezahlen!

Diese Vorlage müssen wir mit aller Wucht bodigen. Und dazu braucht es uns alle. Wir müssen hier gemeinsam hinstehen, denn wer arbeitet, hat das Recht auf einen fairen Lohn und das Recht auf eine würdige Rente.

Ich sagte vorhin, die Rentenreform sei ein Angriff auf die Kaufkraft. Seit 2021 sind die **Reallöhne** jedes Jahr gesunken. Das hat es seit dem Ende des 2. Weltkriegs noch nie gegeben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben darum jeden Monat weniger Geld zur Verfügung. Eine Mitarbeiterin im Detailhandel oder in der Pflege verliert im Vergleich zum Jahr 2016 pro Monat 120 Franken Einkommen. Normal- und Geringverdienende haben heute nach Abzug der Steuern und der Wohnkosten weniger Geld zum Leben als im Jahr 2016. Kurz und bündig: Das ist ein verlorenes Jahrzehnt.

Das ist einzig und allein eine Folge der ausgebliebenen Lohnerhöhungen und des fehlenden Teuerungsausgleichs.

Ein konkretes Beispiel: In der letzten Lohnrunde verweigerte der Baumeisterverband eine generelle Lohnerhöhung u.a. mit der Begründung, dass individuelle Lohnerhöhungen gewährt würden. Ist das auch wirklich passiert? Die Unia hat auf den Baustellen nachgefragt – und das Resultat der Erhebung ist erschreckend: Trotz Rekordumsätzen in der Baubranche erhielten 48 Prozent der Bauarbeiter keinerlei Lohnerhöhung. Ihr Lohn schrumpfte also um über 2 Prozent. Der Grossteil derjenigen, die eine Lohnerhöhung bekommen haben, hat weniger als die Teuerung erhalten. Somit erleiden 90 Prozent der Bauarbeiter einen Reallohnverlust.

Die Unternehmensbesteuerung nimmt in der Schweiz kontinuierlich ab, allgemein ist die Wirtschaftslage gut, ebenso stimmen die Margen in den Betrieben. Damit der Lohnrückstand und die Lohnlücke geschlossen werden, braucht es in diesem Lohnherbst substanzielle Lohnerhöhungen – und dazu den Druck der Arbeitnehmenden. Wir werden die Lohnfrage in diesem Lohnherbst mit Aktionen in den Betrieben und auf den Strassen zum Thema machen, unter anderem mit einer nationalen Lohn-Mobilisierung am 21. September in Bern: **Es braucht eine Wende in der Schweizer Lohn- und Einkommenspolitik.** Die Reallöhne der Normal- und Geringverdienenden müssen markant steigen. Wer eine Lehre gemacht hat, soll mindestens **5000 Franken** pro Monat verdienen. Generell müssen die Löhne mindestens **4500 Franken** betragen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss dieser Rede. Die Entwicklung der Reallöhne ist dramatisch. Trotzdem ist zu bedenken, dass in den Branchen mit Gesamtarbeitsverträgen die Situation generell leicht besser ist. Hier ist es uns auf dieses Jahr gelungen, reale Verbesserungen auszuhandeln, von grob geschätzt 0.8 Prozent. Das zeigt klar und deutlich auf, dass es mehr Gesamtarbeitsverträge mit guten Mindestlöhnen braucht. Die heutigen gesetzlichen Grundlagen in der Schweiz behindern das leider. Doch damit nicht genug: Ein Gesamtarbeitsvertrag schützt vor Willkür und Lohndumping: Er ist aber nur so gut, wie er umgesetzt – sprich kontrolliert – wird! Lohndumping und prekäre Arbeit sind in der Schweiz heute leider eine verbreitete Realität. Rund ein Fünftel der Firmen bleibt in

den Lohnkontrollen hängen. Wir mussten leider feststellen, dass der Bundesrat Teile der Flankierenden Massnahmen in den Verhandlungen mit der Europäischen Kommission preisgibt, ohne verbindliche Zusicherungen, wie die daraus entstehenden Lücken im Lohnschutz geschlossen und die bestehenden Probleme gelöst werden. Dieser Weg bedeutet eine substanzielle Schwächung der Gesamtarbeitsverträge und ist für die Gewerkschaften nicht gangbar. Wir haben die Bilateralen Verträge bisher immer unterstützt, unter der Bedingung, dass die Löhne und die Arbeitsbedingungen geschützt sind und der Service Public gewährleistet ist.

Wir sagen **ja zu einem sozialen Europa, mit gesichertem Lohnschutz**: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – und zwar real, nicht nur auf dem Papier!

Ich danke euch für die Aufmerksamkeit und möchte mit folgenden Worten schliessen:
Unsere Renten und Prämien sind kein Selbstbedienungsladen – genau so wenig wie dies unsere Arbeit ist.

Uniti siamo forti!